

# VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Schmalenbeckerstrasse 17.

## Kollegen, sammelt allerorts Beiträge zum Streikfonds!

### Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten von Danzig, Schwerte und Stettin. Waggonfabrik Rathgeber in München. Im Streik befinden sich die Kollegen von Danzig, München (Waggonfabrik Rathgeber). Sperren wurden verhängt in Bremen über die Werkstellen: Sanders, Roi u. Sohn; in Düsseldorf, Werkstelle Blumberg u. Witte; in Frankfurt, Werkstelle Kopfmüller; in Heidelberg, Werkstelle Maier; in Karlsruhe i. B., Werkstelle Busam & Stohner; in Bamberg a. S., Werkstelle Namstädt.

### Terrorismus der Gewerkschaften

#### Das Verhältnis organisierter Arbeiter zu den Streikbrechern.

Wenn wir das Verhalten der Arbeiter der „Halle'schen Union“ dem Streikbrecher Wüstemann gegenüber richtig beurtheilen wollen, so müssen wir zunächst den Ursachen nachspüren, die sie veranlaßten, dessen Entfernung aus dem Betriebe zu verlangen. Im Entlassungszeugniß heißt es in dieser Beziehung, daß die Arbeiter erklärten, „sie könnten es mit ihrer Ehre nicht vereinbaren, mit dem Hülfsfeld zusammen zu arbeiten.“ Offenbar suchten sie, weils' prächtiger Vogel ihr neuer Kollege war; sie kannten sein Vorleben und seine sittliche Qualifikation und dankten für die ihnen zugegebene Ehre, einen solchen Mitarbeiter in ihre Gemeinschaft aufzunehmen. Augenscheinlich haben die betreffenden Arbeiter ein entwickeltes Ehrgefühl und halten ihre Standesehre hoch. Wer nimmt sich das Recht heraus, ihnen dies zum Vorwurf zu machen? Was würden die Redakteure der „Post“ oder einer anderen kapitalistischen Zeitung sagen, wenn man ihnen einen Menschen von der moralischen Qualität Wüstemanns als Kollegen an die Seite setzte? Könnte es ihnen gleichgültig sein, mit einem dergleichen Subjekte zusammen zu arbeiten? Wenn ihnen das gleichgültig wäre, so würde das ein sehr schlechtes Licht auf ihre Ehrbegriffe werfen. Unabhängige Redakteure würden sich weigern, einen solchen Menschen in ihren Redaktionsstab aufzunehmen. Sie würden unbedingt seine Entlassung fordern, selbst wenn sie vom rein menschlichen Standpunkte aus mit seiner Person oder seiner Familie Mitleid empfinden. Die Würde ihres Standes stände ihnen eben höher, als das Wohl des Einzelnen.

In allen andern Kreisen hält man das Betonen der Standesehre für selbstverständlich. Ein Offizier — sei es auch aus ehrenhaften Motiven — die Würde des Standes verletzt, wird verabschiedet und entlassen gemacht; wenn er z. B. prinzipieller Gegner des Duells ist oder unter seinem Stande heirathet, wird er unweigerlich entlassen, weil er nicht mehr würdig ist, den Rock des Königs zu tragen. Mag es sein, wie er sich durchschlägt. Ein Arzt, der durch Marktchreierei, Kurpfuscherei oder noch schlimmere Sachen die Standesehre befleckt, wird vor dem Ehrengericht gestellt und unter Umständen mit Entziehung des Diploms bestraft; er wird von seinen Kollegen gesellschaftlich geächtet und kein ehrenhafter Arzt würde mit ihm an einem und demselben Krankenbette arbeiten. Nicht minder wird ein Beamter im Falle des Disziplinarverfahrens herausfliegen, wenn eine Beförderung an den Tag legt, die ihn seines Amtes unwürdig erscheinen läßt. Alle diese Gesellschaftsgruppen schließen jedes Mitglied aus, das die Standesehre nicht hochhält — nur der Arbeiter

ist verdammt, mit jedem beliebigen Subjekte zusammen zu arbeiten. Und empört er sich hiergegen, so schreit die Welt über Brutalität und Terrorismus.

Ist denn die Standesehre des Arbeiters ein Pappenthiel? Ist sie vielleicht minderwerthiger als die eines Offiziers, eines Arztes, eines Beamten? Wer wagt dieses zu behaupten? Der moderne Arbeiter hat seine Stellung begriffen und spricht mit Buttler in Schillers „Wallenstein“: „So hochgestellt ist Keiner auf der Erde, daß ich mich neben ihm verachte.“ Ihm ist das Gefühl für Menschenwürde und gleiches Recht in Fleisch und Blut übergegangen; er übt den „Männerstolz vor Königsthronen“ und zittet das Wort des Meisters in Schillers „Glocke“: „Ehrt den König seine Würde, ehret uns der Hände Fleiß.“ Der moderne Klassenbewußte Arbeiter erhebt das Recht auf Achtung und ist nicht gewillt, sich fernerhin als Paria behandeln zu lassen. Ein konservativer Sozialpolitiker, V. A. Huber, schrieb schon i. J. 1855, daß die modernen Proletarier „nicht nur um ihr tägliches Brod kämpfen, sondern auch um ihre Standesehre“, und der berühmte Kulturhistoriker Niehl behauptet: „Um der alten Standesehre willen schießt zuweilen Einer den Andern todt, aber um der modernen Arbeitsehre willen entbrennen soziale Revolutionen der Völker.“ Mögen sich das besonders diejenigen Leute merken, die da in dem heutigen Arbeiter noch immer das ehrlose Arbeitsvieh oder gar das Theilstück einer Maschine erblicken!

Ein Sozialethiker wird dieses Erwachen eines Klassenbewußtseins mit Befriedigung begrüßen, und er wird es den Arbeitern hoch anrechnen, daß sie sich weigern, mit einem notorischen Lumpen Gemeinschaft zu machen; ein Soziologe aber wird in diesem Bestreben der Arbeiter schädliche Elemente aus ihrer Mitte zu entfernen, ein soziales Gesetz erkennen, das jede Gruppe zwingt, Fremdkörper auszustoßen. Daß dieses Ausstoßen meistens nicht ohne Nachteile für den Schädling abgeht, mag ein Menschenfreund, wie der große Nazarener, bedauern, wer aber die Lebens- und Entwicklungsgesetze einer sozialen Gruppe kennt, wird sich achselzuckend in die herbe Nothwendigkeit fügen.

Noch ein anderer Umstand spielt bei dem Verlangen der Arbeiter der „Halle'schen Union“, ihren Kollegen loszuwerden, eine Rolle. Wüstemann war nicht nur ein Mensch von moralischem Minderwerth, sondern er war auch Arbeitswilliger und „seine Mitarbeiter nahmen“, wie es in dem Entlassungszeugniß heißt, „gegen ihn als Arbeitswilliger bei einem früheren Streik Stellung.“ Dies scheint der Hauptgrund zu sein, weshalb sie seine Entlassung forderten und daher rührt auch der Entrüstungsturm der kapitalistischen Presse. Wir nehmen es nun dem Unternehmertum nicht übel, wenn es in jedem Streikbrecher ein Zügel und ein Ideal erblickt, wir erlauben uns aber als Arbeiter anderer Meinung zu sein. Für uns ist ein Streikbrecher, zumal ein solcher, der den Streikbruch gewissermaßen gewerbsmäßig betreibt und bei jeder Gelegenheit seinen Kollegen in den Rücken fällt, ein Verräther an der Arbeitersache; er tritt die Interessen seiner Kollegen mit Füßen und fordert dadurch die Nothwehr der Kollegen heraus. Die organisierten Arbeiter müssen zum Schutze ihrer eigenen Existenz Gegenmaßregeln gegen den Schädiger ihrer Interessen ergreifen, und wenn sie einen gewerbsmäßigen Streik-

brecher gerade nicht mit Glacéhandschuhen anfassen, so darf sich darüber kein Mensch wundern. Es handelt sich in diesem Falle um einen Kampf zwischen dem Interesse einer Gruppe und dem Egoismus eines Einzelnen, und in einem solchen Kampfe kann die dem Wüstemann zu Theil gewordene Strafe der Ausschließung nicht als eine zu harte bezeichnet werden.

Wir wissen wohl, daß man nicht alle Streikbrecher über einen Kamm scheeren darf und sind gern bereit, gegebenen Falls der Person des Streikbrechers mildernde Umstände zu bewilligen, den Streikbruch selbst können wir niemals gutheißen, weil er das schwerste Verbrechen ist, welches ein Arbeiter gegen seine Kollegen begehen kann. Ist ein Arbeiter in Folge mangelnder Aufklärung und unentwickelten Klassenbewußtseins zum Streikbrecher geworden, so können wir dies entschuldigen, ist er gar durch die Noth seiner Familie, durch den Hunger seiner Kinder und die Bitten seines Weibes auf Abwege gerathen, so werden wir ihm unser Mitleid nicht versagen, niemals aber trifft dies auf einen Menschen zu, der aus nacktem Egoismus oder innerer Herzensbosheit seinen Kollegen in den Rücken fällt.

Werkwürdiger Weise sind nach Ansicht der bürgerlichen Zeitungen alle Streikbrecher Idealmenschen: fleißige, ehrliche Arbeiter, brave, sorgende Familienväter, ruhige, besonnene Staatsbürger, die nach schwerem, inneren Kampfe, lediglich aus Pflichtgefühl die Arbeit der streikenden Kollegen aufnehmen. Aber wenn dies auch ebenso wahr wäre, wie es thatsächlich unwahr ist, so wären die Streikbrecher vom Standpunkte eines organisierten Arbeiters aus immer noch Schädlinge für die Gruppe, die der Achtung eines Klassenbewußten Arbeiters verlustig gehen. Gewiß, der Konflikt zwischen der Sorge für die nothleidende Familie und der Pflicht, mit den Kollegen solidarisch zusammen zu stehen, ist schmerzlich und entbehrt auch nicht der dramatischen Momente, dennoch aber gilt derjenige, der in diesem Kampfe wankend wird und die Fahne verläßt, unter allen Umständen als moralisch minderwerthig. Oder wer möchte den Soldaten preisen, der aus Furcht vor Wunden vom Schlachtfelde flieht und sich hinter den warmen Ofen setzt? Wird nicht vielmehr Derjenige als Held gefeiert, der sich vom Rufen des weinenden Liebchens oder aus den Armen der Mutter losreißt und hinausgeht, um zu kämpfen für die gute Sache? Blicken wir nicht mit Bewunderung auf den Kriegshelden, der seiner Fahne treu bleibt und todesmüthig ausruft: „Was schert mich Weib, was schert mich Kind? Daß sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind!“ Warum feiert man überall den Heroismus, die heldenmüthige Treue bis zum Tode, nur nicht dann, wenn es sich um die Kämpfe der Klassenbewußten Proletarier handelt? Vom Standpunkte der Sozialethik aus ist es also zu bedauern, daß das Unternehmertum die hochmoralische Bedeutung der Arbeiterkämpfe nicht begreifen will und einer Moral das Wort redet, die aus Feigheit, Egoismus und Dummheit zusammengesetzt ist. Da erscheint es denn um so nothwendiger, daß das Proletariat selbst die Streikbrecher zu Klassenbewußten Arbeitern und zu solidarisch fühlenden Kollegen erziehen will. Und in dieser Erziehungsmethode spielt die zeitweilige Ausschließung eines Arbeiters von der Gemeinschaft seiner ehrenfesten Kollegen eine bedeutende Rolle.



Ueber die wirtschaftliche Seite dieser Frage haben wir uns schon öfters ausgesprochen. Der Selbsterhaltungstrieb zwingt die organisierten Arbeiter dazu, gegen die Streikbrecher Front zu machen und sich mit den Waffen der Nothwehr gegen diese rückständigen Elemente zu verteidigen. Die Streikbrecher machen ihnen Schmutzkonzurrenz, indem sie ihre Waare Arbeitskraft zu jedem Preise verschleudern; sie spielen die Preisdrücker und hindern die Organisierten daran, für ihre Arbeit einen anständigen Lohn zu erzielen. Ist es da ein Wunder, daß sie die Gegenwehr der organisierten Arbeiter geradezu herausfordern? Oder ist nicht jede wirtschaftliche Gruppe gezwungen, die Preisverderber in ihren eigenen Reihen rücksichtslos zu bekämpfen, gemäß dem Spruche: „Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich.“ Selbst ein bürgerliches Blatt, die „Frankfurter Zeitung“, findet dies Vorgehen berechtigt und schreibt diesbezüglich:

„Ist es ein berechtigtes Verlangen der Arbeiter, die Entlassung eines anderen Arbeiters lediglich deshalb, weil derselbe bei einem früheren Streik als Arbeitswilliger sich mißlieblich gemacht hat, zu verlangen?“ Wir haben diese Frage schon wiederholt beantwortet, und wir meinen nach wie vor, daß man es organisierten Arbeitern allerdings nicht übelnehmen kann, wenn sie sich weigern, mit Nichtorganisierten, mit „Streikbrechern“ u. zu arbeiten. Die Organisierten sehen, daß die Nichtorganisierten an den Errungenschaften der Organisation, an Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen theilnehmen, ohne dazu etwas beizutragen, wozu noch kommt, daß die Nichtorganisierten ihren Kollegen bei Ausständen nicht selten in den Rücken fallen. Wenn da bittere Gefühle mit ihren Konsequenzen entstehen, wer kann sich darüber wundern? In England ist die Weigerung von Organisierten, mit Unorganisierten zusammen zu arbeiten, etwas ganz Alltägliches und in Deutschland hätten gerade die, die jetzt über den Halle'schen Fall den größten Spektakel machen, am wenigsten Grund dazu, da ihre Leute unerreichbar sind im Terrorisieren von Unternehmern in Ringen und von Arbeitern durch schwarze Listen.“

Es ließe sich noch vieles sagen über das Verhältnis zwischen organisierten Arbeitern und Streikbrechern, doch möge das Angeführte einstweilen genügen. Wir kommen zum Schluß und wollen unser Endurtheil dahin zusammen fassen: „Das Verlangen der Arbeiter der „Halle'schen Union“ auf Entfernung eines notorischen, gewohnheits- und gewerbsmäßigen Streikbrechers stellt dem Ehrgefühl und dem Stolzgefühl derselben ein rühmliches Zeugniß aus; es entspricht den Grundsätzen einer gesunden Volksmoral und charakterisiert sich als ein Akt berechtigter Nothwehr.“ Jede andere Beurtheilung dieses Vorgehens beruht entweder auf falscher Sentimentalität oder bewußter Unwahrheit.

### Bericht der Zentralkomm. für Bauarbeiterschut in Hamburg.

für die Zeit vom 1. April 1899 bis 31. März 1900.

(Fortsetzung.)

#### Die Provinz Schlesien und die Schlesisch-Polnische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft.

Die Geschäftsführung der Zentralkommission verfuhrte wiederholt in zehn Orten der Provinz Schlesien die baugewerblichen Arbeiter für die Sache des Bauarbeiterschutzes anzuregen und nur in fünf Orten, Breslau, Görlitz, Bunzlau, Striegau und Liegnitz mit einem theilweisen Erfolg, wo die Bildung von Lokalkommissionen vor sich ging. Von diesen fünf Lokalkommissionen haben nur Breslau, Görlitz und Bunzlau, als alte Söhne der „sozialdemokratischen Begehrlichkeit“, mit der Zentralkommission gemeinsam gearbeitet und Erhebungen im Sinne des Kongreßbeschlusses durchgeführt. Die Arbeiterchaft in Schlesien gehört ihrer sozialen und so sehr christlichen Erziehung nach zu den bedürfnislosesten Arbeitern Deutschlands. Erst die Agitation der Zentralverbände und die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation haben in den letzten Jahren die Massen der Arbeiter der so sehr sprachlich gemischten Bevölkerung in Bewegung gesetzt.

Die ersten Erhebungen über die Beschaffenheit des Arbeiterschutzes im Jahre 1895, die von Seiten der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in dieser Provinz durchgeführt, zeigten die schändlichsten Zustände auf allen Gebieten des Bauarbeiterschutzes. Eine Veränderung zum Besseren ist nach den uns zugegangenen Berichten noch nicht eingetreten.

In den Orten Breslau, Görlitz und Bunzlau haben wir es mit dem fortgeschrittensten Proletariat des Baugewerbes in dieser Provinz zu thun. Und wenn wir so allgemein die Ansicht vertreten, daß die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung einen Einfluß auf die Gestaltung des Arbeiterschutzes ausübt, so müssen in den vorgenannten Orten die diesbezüglichen Verhältnisse vergleichlich günstiger liegen, als in den übrigen Theilen der Provinz. Bei einer durchweg günstigen Baukonjunktur, sind in der Zeit vom 4. September bis zum 7. Dezember 1899 in Breslau 183, in Görlitz 61 und in Bunzlau 48 Bauten, insgesammt sind von 297 Bauten in den vorgenannten Orten 292 Bauten und Baustellen kontrollirt. Das Resultat ist ein Beweis, mit welcher Gewissenhaftigkeit die Vertrauenspersonen ihre Aufgabe erfassen. Von den 292 kontrollirten Bauten waren 124 Bauten, also 42 pht. in den Händen der Innungsmeister. Die Zahl der Innungsmeister und ihre bekannte Bedeutung für das öffentliche politische Leben in Schlesien beweist, welchen Einfluß diese Unternehmer auf den Arbeiterschut

maßgebend ausüben. Von den 292 kontrollirten Bauten waren nur bei 96 Bauten Unfallverhütungsvorschriften angehängt. Unter der Annahme, daß die angehängten Unfallverhütungsvorschriften nur bei den 124 Bauten der Innungsmeister zu verzeichnen waren, so hätten inmerhin 28 dieser Unternehmer keine dieser Vorschriften bei ihren Bauten ausgehängt.

Was die Beschaffenheit der Gerüste anbetrifft, so werden dieselben aus Breslau als „miserabel“ und von der Provinz Görlitz und Bunzlau als „ziemlich gut“ bezeichnet. Von einer Herstellung der Gerüste durch den berufenen Gerüstbauer, den Zimmerer, ist in den Orten Schlesiens keine Rede, eine Ausnahme wird nur für die Monumentalbauten zugegeben. In der Kontrolle II, Görlitz, die im Monat Dezember vor sich ging, wird bezüglich der Abdeckung der Balkenlagen sehr geklagt; hierin soll dort oft eine große Nachlässigkeit herrschen. Auf die Frage: „Ist eine bemerkenswerthe Kontrolle der Beauftragten der zuständigen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft und zeigen die Organe der Baupolizeibehörde ein Interesse für den Bauarbeiterschut durch wiederholte Revisionen der Bauten, Gerüste und Gerüstunterlagen?“ so wird, so weit dieses für die Beauftragten der Vereinsgenossenschaften in Frage kommt, von sämtlichen Orten verneint. Bezüglich der Kontrolle der Baupolizeibehörde giebt die Kontrolle „Breslau“ keine Antwort — und Görlitz und Bunzlau antworten mit „Nein“. Aus Görlitz wird hierzu berichtet, daß durch die Diskussionen in den Versammlungen die Polizei sich veranlaßt gefühlt hat, Vorschriften für Schutzvorrichtungen in den baupolizeilichen Verordnungen einzufügen, aber eine Kontrolle derselben geschieht nur in den vereinzelt Fällen. Interessant sind die von den einzelnen Vereinsorganisationen in Görlitz beigegebenen Sonderberichte. So theilen die Dienstreiter mit: Wir sind vielfach gezwungen den zu setzen, wo gar keine Ausfüllung der Balkenlage vorhanden ist, wie lebensgefährlich das ist, weiß jeder baugewerbliche Arbeiter. Unsere Gerüste und Leitern sind schlecht und mangelhaft. Daß es nicht anders wird, liegt an der Interesslosigkeit der Kollegenschaft am Ort.“ Die Dachdecker berichten: „Die Schutzvorrichtungen sind mangelhaft. Gute Leitern und Gurte haben wir wenige Meister, die diese aber wenig zur Anwendung geben. Gewöhnlich geben die Herren nur Stricke mit, die dann zusammengeknotet und statt der Schußleine verwendet werden. Wie hinderlich dieses bei den Arbeiten ist, wo durch den Stutzen die Leine oft festgeklemmt oder hängen bleibt, ist leicht erklärlich.“ Die Zimmerer klagen darüber, daß die Gerüste und die Balkenabdeckungen so mangelhaft ausgeführt werden.

Was den Arbeiterschut der Lokalbauten der einzelnen Orte und Regierungsbezirke anbetrifft, so hat für diesen die Stadt Breslau von 1892 nicht unbeachtet zu lassende Bestimmungen über Abdeckung der Balkenlagen, der Gerüste u. Die Lokalbautenordnung der Stadt und des Regierungsbezirkes Oppeln in der Handausgabe von S. Klein ist insofern interessant, weil diese unter „Wausausführung“ den Unternehmern durch Kommentare so recht eindringlich die strafrechtliche Haftung und Verantwortlichkeit zu Gemüthe führt. Die Bauordnung für Liegnitz von 1883, zeigt die mehr bekannte Tendenz, durch den „Arbeiterschut“ bei der Wausausführung, die Passanten der Straße und die späteren Bewohner der Häuser zu schützen. Diese Bauordnung verlangt Gelandern an den Muffstangen und eine dichte Bretterabdeckung der Gerüste, weil dadurch Gefahren für andere Leute entstehen können, dadurch, daß ihnen Schutt, Baumaterial und die Arbeiter“ auf die Köpfe fallen könnten. Diese so oberflächliche Fassung der Bestimmungen des Arbeiterschutzes steht, wie so zahlreiche derartige Schutzmaßnahmen, noch auf dem Standpunkt der antiken Welt: der Arbeiter ist ein objektiver Begriff. Es ist dieses ein Anknüpfen der Werthschätzung des Menschen „Arbeiter“ in Schlesiens, der sich hierin so besonders typisch zeichnet. Aber noch deutlicher tritt dieses zu Tage in der klaffenden Repräsentation des Bauarbeiterschutzes durch die zuständige Schlesisch-Polnische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft und in deren reichsversicherungsamtlichen Unfallstatistik.

(Fortsetzung folgt.)

Berichtigung zur „Konferenz der süddeutschen Malermeister“. Zu vorstehend bezeichnetem, in Nr. 26 dieses Blattes am 29. Juni l. J. gebrachten Artikel bemerke ich in Berichtigung der dort mitgetheilten Thatsachen: 1. Es ist unrichtig, daß ich bei der Versammlung in München als „hiebbarer Innungsmeister eine wahre Zeremonie angestimmt habe“. Ich habe nie mit Innungsbestrebungen etwas zu thun gehabt und habe auf genannter Versammlung, deren Zweck und Ziel durchaus nicht auf Gründung von Innungen ging, die knappe, mir zur Verfügung gestellte Redezeit lediglich zu einer kurzen Darlegung der Geschäftslage, sowie des Verhältnisses der Darmstädter Meister zu einander, wie es war und wie es geworden ist, benutzt und habe dabei den Thatsachen entsprechend ausgeführt, daß die 1899er Streikbewegung der Gehilfenchaft die damals ungeeinten Darmstädter Meister wieder zum Zusammenhelfen geführt habe. Ein Ausfall auf die Bestrebungen der Gehilfenchaft lag mir fern und paßte auch garnicht in den Rahmen meiner Ausführungen. 2. Es ist unrichtig, daß ich zu den Meistern gehört habe, die 30 Pfg. Lohn für die Stunde als ausreichend für die im Beruf thätigen Gehilfen erachten, und es als übertriebene Forderung bezeichnet hätte, wenn von Seiten der Gehilfenchaft ein emigermassen höherer Lohnsatz verlangt würde.“ In den zu Anfang 1899 durch die Lohnbewegung veranlaßten Meisterversammlungen ist m. E. eine derartige Ansicht überhaupt nicht laut geworden. Es herrschte vielmehr Einigkeit darüber, daß eine Lohnerhöhung bewilligt werden solle; nur über den Betrag dieser Erhöhung gingen die Meinungen auseinander und sollte hierüber eine speziell gewählte Kommission berathen. In dieser Kommission bin ich ausweislich der Sitzungsprotokolle am weitgehendsten mit meinen Vorschlägen bezüglich des Mindestlohns gewesen und habe auch dem Verlangen der Lohnkommission der Gehilfenchaft auf Bewilligung gemeinschaftlicher Sitzungen zwecks Herbeiführung einer den beiderseitigen Wünschen Rechnung tragenden Verständigung zugestimmt. Wenn eine solche Verständigung nicht, oder doch erst nach vorhergegangenen Streik zu Stande kam, so ist dies nicht meine Schuld. Was die von dem Herrn Artikelschreiber für geboten erachtete Verdächtigung meines Charakters und Herabwürdigung meiner geschäftlichen und geistigen Qualität anbelangt, so unterlasse ich es, weil uninteressant für die Allgemeinheit, an dieser Stelle eine Rechtfertigung zu unternehmen. Wer mich kennt, weiß ohnedies, daß

ich weder an „querköpfigen Ideen“ leide, noch den Titel eines „Krauterk“ verdiene. Darmstadt, den 10. Juli 1900. Friedrich Emmel, Weißbindermeister und Zimmermaler — Anmerk. d. Red. Nachdem Herr Emmel die Erklärung abgegeben, auf der Konferenz die „die Gehilfenchaft beleidigende Aeußerung“ nicht gethan zu haben, nehmen wir an, daß seitens der Berichterstatter ein Fehler unterlaufen, was wir nur bedauern können, da auf Grund dieser unsere Stellungnahme erfolgte. Auf die Lohnverhältnisse der Werkstätte Emmel vor dem Streik, über welche wir genau unterrichtet sind, einzugehen, war sonst kein Grund vorhanden, da all diese Angelegenheiten durch die erzielte Einigung für uns erledigt sind.

### Aus unseren Berufe.

#### Lohnbewegung.

Danzig. Oeffentliche Versammlung vom 8. Juli. Nachdem Kollege Albrecht über die Thätigkeit der Lohnkommission berichtet und die Kollegen über die Sachlage orientirt hatte, wurde dem Kollegen Tobler das Wort erteilt. Derselbe wachte uns vor einem vorzeitigen Schritt und wünschte, wir sollten uns erst in der Organisation kräftigen, weil das gerade der beste Gradmesser sei, es wäre auch nächstes Jahr noch nicht zu spät, um unsere Forderungen durchzudrücken. Die Kollegen beschloßen jedoch mit 210 gegen 11 Stimmen den Streik. Da Kollege Tobler nun sah, daß die Kollegen entschlossen waren, ihre gute Sache zu verteidigen, machte er den Kollegen in recht markigen Worten klar, daß sie dann aber auch verpflichtet seien, sofort der Organisation beizutreten. Dieses wurde dann auch von einem großen Theil der Kollegen befolgt. Dann wurde ein Schreiben an die Lohnkommission der Innung gerichtet, mit dem Ersuchen, um baldigen Bescheid. — Am Mittwoch fand eine weitere öffentliche Versammlung in demselben Lokale statt, in der Kollege Albrecht Bericht erstattete. Zur Kontrolle haben sich 270 Streikende bisher gemeldet, von denen 102 verheirathet mit 172 Kindern unter 14 Jahren und 168 ledig sind; etwa 25 Kollegen haben den hiesigen Ort bereits verlassen. Von auswärts sind zahlreiche Arbeitsangebote eingelaufen, unter anderen 30 Mann nach einer Stadt in Ostpreußen, denen seitens der Lohnkommission nachkommen wird. Die Arbeitgeber haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit uns in Verhandlungen zu treten, wenn die Solidarität der Malergehilfen mit den Anstreichern fallen gelassen wird. Von verschiedenen Meistern wird dieses Verlangen einer humoristischen Kritik unterzogen, so meinte ein Meister, die Herren Arbeitgeber, die Anstreicher beschäftigen, müßten sich Anstreichermeister nennen. Nach einstündiger Dauer wurde die gut besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das gute Gelingen der Lohnbewegung geschlossen.

Danzig. Einen Beitrag zur Hebung des Handwerkes liefert uns der Obermeister der Danziger Malerinnung, indem derselbe nachstehende Annonce auf einem 70 cm großen Plakate an den Litfaßsäulen anschlagen läßt: Gerüstbauer bei hohem Lohn werden sofort eingestellt. Arbeiter und Laufburgen, welche im Malergewerbe thätig gewesen sind, finden bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung. Oskar Ehler, Malermeister, Hundegasse 41.

Hier herrscht zur Zeit ein Lohnkampf um einen Mindestlohn von 35 Pfg. Es ist uns nun ein Räthsel, welche hohen Löhne der Herr Obermeister eigentlich zu zahlen gedenkt, wenn er, wie uns berichtet wird, die Forderung der Anstreicher als unverschämte bezeichnet hat. Wirklich, wie müssen dem Obermeister unsere Hochachtung ausdrücken, der so offen vor aller Welt das Handwerk nach der Hundegasse zu bringen sucht. Ein Ehren Diplom vom deutschen Malerverband wird ihm sicher in Aussicht gestellt. In den wenigen Worten der Annonce ist die ganze Hohlheit der Innungsfererei enthalten. Bedeutet dieses nicht eine schamliche Selbstanklage gegen das Innungsbestreben, einen offenen Lohn gegen das Malergewerbe selbst? Und diesen Schritt zu unternehmen scheut sich nicht der Obermeister der Danziger Malerinnung! Es muß traurig bei diesen Herren Innungsmeistern um das sog. „Standesbewußtsein“ bestellt sein, auf welches sie doch bei allen möglichen Gelegenheiten pochen, wenn sie öffentlich ungelernete Arbeiter als Streikbrecher anzuwerben suchen, weil die gelerneten um einen Minimallohn von 35 Pfg. kämpfen! Wer möchte da als Vater seinen Sohn noch das „schöne Malerhandwerk“ erlernen lassen, wenn ihm solche höhnpredenden Beispiele als warnende Memento vorgeführt werden? Wo solche Innungsmeisterherrlichkeit blüht, da schide man lieber die Zungen in die Fabrik, damit sie nicht erst drei bis vier Jahre in die Lehre zu gehen brauchen, um als Gehilfe einen Lohn zu erhalten, welchen unter Umständen die „Meister“ lieber Arbeitern und Laufburgen als Malergehilfen und Anstreichern sich zu zahlen erbieten. Und so etwas geschieht in der Großstadt Danzig!!

Stehen. Da der Streik schon neun Wochen dauert und in Folge des Winterkrisis die Arbeitsgelegenheit ungünstiger geworden ist, wurde beschlossen, den Streik beizulegen.

Berlin. (Lactiver.) Situationsbericht. Der Aufschwung der Filiale nimmt bis jetzt noch immer seinen Fortgang, wenn auch nicht so sprunghaft wie im Frühjahr, so doch stetig. An eingeschriebenen Mitgliedern haben wir circa 250 Kollegen, was ja natürlich für Berlin noch lange nicht genügt. Trotzdem ist es in der letzten Zeit immerhin ein erfreuliches Zeichen, des Erwachens des Organisationstriebes unter den hiesigen Kollegen. Es sei hier gleich bemerkt, daß eine erschreckliche Arbeitslosigkeit unter den Lactirern Berlins herrscht. War schon das Pfingstgeschäft flau, so hat der Arbeitsmangel nach dem Feste ganz traurig eingeleitet. — Versammlungen fanden in diesem Quartal eigentlich nur zwei statt, denn unsere Zusammenkunft war leider auf den dritten Pfingstfesttag festgesetzt und in Folge dessen so schwach besucht, daß sie ausfallen mußte. — Am 3. Juli fand unsere dritte diesjährige Generalversammlung statt. Nach einem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage des Fel. Ida Utmann über „Was erschrecken wir und welches sind unsere Mittel“ gab der Kassirer die Abrechnung vom zweiten Quartal. Einer Gesamteinnahme von 480,57 Mk. steht eine Gesamtausgabe von 480,57 Mk. gegenüber, mithin haben wir diesmal ein Defizit von 12,02 Mk. An Streikmarken wurden für den Streikfonds a 10 Pfg. 41 Mk., für Marken a 25 Pfg. 19 Mk. eingenommen.



Die Revisoren bestätigen die Richtigkeit der Abrechnung und wird dem Kassierer Decharge erteilt. Bei der hierauf folgenden Ersatzwahl zur Verlierer-Gewerkschaftskommission wird Schulte als Delegierter und Vöbten als dessen Stellvertreter gewählt. Nunmehr kam der offene Brief an die Berliner Filiale und die damit verbundene Auflösung der Filiale II von Seiten des Hauptvorstandes zur Sprache, wodurch eine lebhaft diskutierte hervorgerufen wurde. Zwei darauf Bezug nehmende Resolutionen wurden angenommen. Die Ausschreibung über den Arbeitsnachweis wird bis zur nächsten Versammlung vertagt. Amn. d. R. Die Bemerkungen des Schriftführers auf einem dem Bericht beigelegten Zettel sind in keiner Weise stichhaltig und unterbleiben besser für die Zukunft. Oder glaubt der Schriftführer, die Redaktion begehrt ein Verbrechen, wenn sie den Satz streicht: „Den Kollegen Deutschlands ist eigentlich nichts Hervorragendes zu melden?“ Daß die Organisation in die Breite gegangen, ist für uns recht erfreulich, daß aber von 250 Kollegen nur 19 ihrer Verpflichtung der Entnahme von 1 Mk.-Streikmarken bis 1. Juni nachgekommen sind, ist recht bedauerlich. Hier in den Versammlungen einzugreifen, halten wir für erzieherischer und ungemein wichtiger, als Resolutionen zu fassen, welche von gar keiner Bedeutung sind, vielmehr darauf hinarbeiten, den Hauptvorstand zu misstrauen. Im Uebrigen verweisen wir auf das Eingekamte in Nr. 27 und auf die Briefkastennote in Nr. 26.)

**Bad Reichenhall. Situationsbericht.** Am 1. April dieses Jahres fand hier eine öffentliche gut besuchte Versammlung unserer Kollegen statt. Kollege Brunhuber aus Rosenheim referierte über Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation und forderte am Schluß seines Vortrags die Kollegen auf, zusammen zu halten und hier eine Zählstelle der Filiale Rosenheim zu gründen, welcher Aufforderung sämtliche Unorganisierte, 20 an der Zahl, nachkamen, außerdem waren bereits 5 Organisierte noch anwesend, so daß unsere Zählstelle 25 Mitglieder zählte, welche Zahl sich später auf 32 erhöhte. Bereits vor 2 Jahren hat hier eine Filiale unserer Vereinigung bestanden, welche aber leider wieder eingegangen ist. Wir hoffen aber, daß die jetzige Zählstelle bestehen bleibt, denn wir haben einige hiesige verheiratete Kollegen in der Organisation. Es war im vergangenen Quartal ein frischer Zug und ein reges Leben unter den Kollegen, was im Jahr 1898 nicht der Fall war. Wir waren nicht ohne Erfolg eifrig bemüht, selbst den Indifferentesten in unsere Vereinigung hineinzubringen. Letzteres ist eine schwierige Aufgabe, da hier besonders viele Oesterreicher arbeiten, welche zum großen Teil aus Angst vor den Meistern der Organisation wenig Verständnis entgegenbringen. Aber trotz alledem haben wir einen guten Schritt vorwärts gemacht; da in der Wude des Hofdekorationsmalers Forster aus Salzburg, welcher hier eine Filiale besitzt, besonders traffe Mißstände herrschten und infolge plötzlich ausgebrochener Streitigkeiten betreffs der Akkordlöhne, reichten am 10. April 15 Kollegen eine schriftliche Forderung ein, welche nach kurzer Weigerung, als der Geschäftsführer sah, daß wir willens waren, die Arbeit niederzulegen, unterschrieben wurde. Wir erreichten eine allgemeine Lohnaufbesserung von 5 Pfg. pro Stunde, 25 Pft. Aufschlag für Ueberstunden, 9/11 stündige Arbeitszeit bei 10 stündiger Bezahlung, Abschaffung der Akkordarbeit und noch einige weniger wichtige Punkte. Das Erreungene wurde dank der Einigkeit der Kollegen bis jetzt hochgehalten. Die Löhne schwanken hier zwischen 30 und 42 Pfg. pro Stunde bei 9-11 stündiger Arbeitszeit, gewiß ein trauriger Lohn für einen Badewirt, wo der Arbeiter Alles, was er zum Lebensunterhalt braucht, teuer bezahlen muß. Nur wenige Ausnahmen haben etwas höheren Lohn. Also Kollegen Reichenhalls, wollt Ihr eure traurige Lage verbessern und Euch das theilweise prophethaft Benehmen der hiesigen Meister nicht mehr gefallen lassen, dann kommt Alle hinein in die Organisation und kämpft Schulter an Schulter mit euren Kollegen für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, denn dieselben sind sehr verbesserungsbedürftig.

**Dresden. (Lackierer.)** Am 14. Juli fand im kleinen Saale des „Trianon“ eine leider sehr schwach besuchte Versammlung der Möbel-, Wagen- und Fabriklackierer statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Was müssen die Dresdener Lackierer zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage unternehmen? 2. Gewerkschaftliches. Ueber den ersten Punkt referierte Genosse Kleiner in überzeugender Weise, hierbei den Nutzen einer guten Organisation und eines festeren Ausbaus derselben hervorhebend. Es wies hierauf Hohl. Streine darauf hin, daß doch die alte Animosität gegen die Maler schwinden möge, da doch die Maler, wenn sie kein wahres Interesse an der Gewinnung der Lackierer hätten, schwerlich die Kosten und Mühen der Agitation sich machen würden. Sodann bewies Streine an der Hand der Statistik, welche niedrige Löhne im Dresdener Lackierer-Gewerbe herrschten und eruchte die Anwesenden, mehr als zuvor für Kräftigung der Organisation zu sorgen, damit auch die Dresdener Lackierer, gleich denen in anderen Städten, eine eigene Zählstelle gründen könnten. Im Gewerkschaftlichen berichtete Kollege Westphal über die bisherige, nur sehr geringe Thätigkeit des Gehilfen-ausschusses der Lackierervereinigung. Der Ausschuss war an die Tunung mit dem Erreichen herangetreten, doch einen gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis zu errichten. In der Tunungsversammlung war leider kein einziger der Herren dafür zu haben, jedoch versicherte der Obermeister, daß eine Vorstandssitzung über die Sache beirathen, andere Zustände im Herbergs- und Arbeitsnachweiswesen schaffen wolle und darüber dem Gehilfen-ausschuss mittheilen wolle, was bis jetzt noch nicht geschehen ist. Nachdem noch die nichtorganisirten Kollegen aufgefordert worden waren, sich sofort zur Mitgliedschaft des Verbandes anzumelden, war Schluß der Versammlung.

**Krefeld. (Situationsbericht.)** Ueber die Verhältnisse unserer Filiale wollen wir kurz an dieser Stelle berichten. Auch in diesem Jahre ist ein geringer Vortheil dadurch zu verzeichnen, daß eine Anzahl Arbeitgeber, welche mehrere Gehilfen beschäftigen, die Löhne um 1 u. 2 Pfg. pro Stunde erhöhten. Allerdings nicht aus Humanität sondern der Noth gehorchend, aus Furcht vor einer eventuellen Lohnbewegung. Es ging allenthalben das Gerüde, daß die Anstreicher und Maler streiken wollten. Die Situation war günstig für uns, durch das Verhalten der indifferenten Kollegen mußten wir von einer bemerkenswerthen Aktion Abstand nehmen. Auch waren verschiedene Streiks anderer Bauhandwerker zu berücksichtigen. Doch soll im nächsten Frühjahr die Verkürzung

der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden mit entsprechender Lohnerhöhung durchgedrückt werden. Schon das ganze Frühjahr und den Sommer über ist in diesbezüglicher Weise auf das Angestrengteste gearbeitet worden und eine merklliche Besserung des Mitgliederstandes zu verzeichnen. Hoffentlich werden wir bis zum nächsten Frühjahr unser gestecktes Ziel erreichen. Erwähnt seien noch kurz unsere Kämpfe mit der Krankenkasse der Leiber zu früh verschwundenen Zwangsinnung. Angestrebte Verbesserungen wurden von den Meistern in brutaler, gefehldriger Weise zur Ablehnung gebracht. Verschiedentlich mußten Behörde und Presse in Anspruch genommen werden. Wohl wenige Kollegen Deutschlands werden derartige Erfahrungen in ihren Krankenkassen gemacht haben. Es kann nur empfohlen werden, den Krankenkassen die ausgedehnteste Aufmerksamkeit zu widmen. In ein weiteres Lamento wollen wir uns nicht begeben, sondern alle unsere Kräfte anspannen, um bessere Lebensbedingungen zu erringen.

**Annaberg. Die Organisations-thätigkeit** ist hier mit außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft, was nur demjenigen bekannt sein dürfte, der die hiesigen Verhältnisse kennen gelernt hat. Von 45 hier arbeitenden Kollegen gehören 28 dem Verbands an. In der letzten Mitgliederversammlung legte Kollege Klobbächer den Anwesenden die Lage des Arbeiters und die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation in eindringlichen Worten klar, indem er ganz besonders auf die so nöthige Aufklärungsarbeit hinwies, wodurch erst der Mensch zur richtigen Erkenntniß seiner Menschenwürde gelangt.

### Gingefandt.

Zur Generalversammlung betitelt sich ein Artikel des Kollegen Gfr. Heilbronn in der letzten Nummer des „Reinheits-Anzeigers“. Unsere Organisation hat nach der Ansicht des Kollegen Gfr. noch nicht genügende Bindemittel, um die Kollegen an die Organisation zu fesseln. Wenn ich nun auch auf dem Standpunkt stehe, daß mit der Einführung des Krankenzuschusses das Unterstützungsweien innerhalb unserer Organisation noch keineswegs seinen Abschluß gefunden hat, so kann ich doch nicht umhin, zu erklären, daß der von dem Kollegen aus Heilbronn gemachte Vorschlag nichts weniger als akzeptabel ist. Mit solchen Vorschlägen, namentlich wenn sie ganz allgemein gehalten sind und ohne jede finanzielle Berechnung vorgeschlagen werden, kann man jener Strömung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, welche den Ausbau des Unterstützungsweiens als eine wesentliche Aufgabe der deutschen Gewerkschaften für die nächste Zukunft betonen, nur Schaden. Kollege Gfr. hat sich offenbar mit einem Salkomortale über die Mühe hinweggesetzt, Berechnungen darüber anzustellen, wie hoch sich unser Ausgabeetat belaufen würde, wenn wir einen solchen Unterstützungsweien einführen. Mit der Theorie allein ist es eben nicht gethan. Die schönsten theoretischen Vorschläge zerfliegen oft in ein Nichts, sobald man auch nur den Versuch ihrer praktischen Durchführung macht. Bis einmal die deutschen Gewerkschaften an die Durchführung der Wittwen- und Waisenerziehung - gewiß ein schöner und edler Gedanke - denken können, fließt noch mancher Tropfen Wasser den Rhein hinunter.

So lange der weit überwiegende Theil der deutschen Arbeiter den gewerkschaftlichen Organisationen indifferen gegenübersteht, so lange die organisierten Arbeiter selbst, wenigstens zu einem großen Theil - jeder Beitrags-erhöhung Widerstand entgegensetzen, so lange der Ausgabeetat der großen Mehrzahl der organisierten Arbeiter für Alkohol und sonstige, zum Theil recht überflüssige Dinge, einen zehnfach oder noch höheren Betrag aufweist, als der, welcher für die gewerkschaftliche Organisation verausgabt wird, so lange, sage ich, ist an die Lösung so schwieriger Probleme durch die Gewerkschaften gar nicht zu denken. Wir haben immer und unter allen Umständen mit den gegebenen Zuständen zu rechnen. Viele Leute rechnen aber nur mit den Gedanken, die sie sich in ihrem Kopfe ausmalen. So wäre z. B. unsere Organisation zu wiefellos verkracht, wenn der Vorschlag einer Anzahl Kollegen auf der letzten Generalversammlung durchgegangen wäre, an Stelle des Krankenzuschusses die Arbeitslosenversicherung einzuführen.

Mein! So eilig haben wir es mit dem Ausbau des Unterstützungsweiens durchaus nicht. Das sind lauter schwierige Probleme, die sehr reiflicher Ueberlegung bedürfen, die aber niemals durch einfachen Beschluß einer Generalversammlung auf Grund einiger Zeitungsartikel herbeigeführt werden können. Dabei will ich von dem Zuschuß zur Aussteuer der Mädchen oder der Ausbildung der Knaben unserer Kollegen gar nicht erst reden. Ein solcher Vorschlag hat höchstens die eine Wirkung, die Nachmühen der Leser in Bewegung zu setzen. Wir haben auf unserer nächsten Generalversammlung weit wichtigere Aufgaben zu lösen, als daß wir uns aufs Experimentiren verlegen können. Vor Allem warten wir einmal den finanziellen Effekt des auf der letzten Generalversammlung eingeführten Krankenzuschusses ab.

Ist der künftige, nun wohl, so mag man an einen weiteren Ausbau dieses Unterstützungsweies denken. Das ist zweifellos von viel größerem Erfolg, als das Experimentiren auf allen möglichen Gebieten. Sodann werden andere Fragen, die, nachdem einmal ein zugkräftiges erprobtes Bindemittel für unsere Organisation geschaffen ist, viel brennender sind, eine eingehende und gründliche Berathung erfordern. Mögen die Kollegen die Zeit bis zur Generalversammlung doch ja nicht mit einer Diskussion über einen undiskutirbaren Vorschlag vertrödeln. Man behandle - wie man genügende Zeit hat - die Frage der Verschmelzung des Streikbeitrags mit dem Organisationsbeitrag, damit nicht Tausende von Kollegen sich um diese Verpflichtung herumdrücken können. Oder man diskutire darüber, ob mit dem gegenwärtigen Beitrag unsere Organisation genügend leistungsfähig ist. Das sind Fragen von praktischer Bedeutung, die gelöst werden müssen und gelöst werden können. k-

### An die Kollegen Deutschlands!

Nachdem hier in Berlin einige frühere Vereinsmitglieder sich unter der geistigen Führung unseres früheren Zentralvorstehenden G. Nicolai und unter der verantwortlichen Leitung von G. Benz, früheren Vorsitzenden der Filiale II (nunmehr ist dieselbe aufgelöst) koalirt und eine sogenannte „Gewerkschaft der Maler Berlins“ ge-

gründet haben, geht die Unversöhnlichkeit dieser Leute so weit, daß sie in der Parteipresse behaupten, der Arbeitsnachweis der „organisirten“ Kollegen Berlins (?) befindet sich Straßauerstraße 48 bei Bahn. Dem gegenüber bemerkt die Unterzeichnete und macht namentlich die reisenden Kollegen darauf aufmerksam: Die organisierten Kollegen Berlins das ist die Vereinigung Deutscher Maler, Filiale Berlin, haben den paritätischen Arbeitsnachweis mit der Tunung gemeinsam. Derselbe befindet sich Stadtbahnbogen Nr. 101-103, Alexanderplatz, und ist geöffnet von früh 7 bis 10 Uhr. Wir ersuchen die Kollegen, und namentlich die reisenden, dieses zu beachten. Nur dort können sie baldige und gute Arbeit nachgewiesen erhalten. Das Verkehrslokal ist bei Stramm, Nitterstraße 123, Zählstellen: N., Ruppinerstr. 42, bei Rosin; Wedding, Rajewallerstr. 3, Bergmann; Moabit, Savelbergerstr., bei Boerjchle; S., Langestr. 102, Felsch; C., Alte Jakobstr. 69, bei Lenz; O., Kolitzerstr. 50, Weise; W., Blumenthalstr. 5, bei Behrend und Nitterstr. 123, bei Stramm, NO., Borsdorferstr., bei Wiedemann.

Die Ortsverwaltung der Filiale Berlin der Vereinigung Deutscher Maler. Joh. Blum, Kolitzerstr. 56.

**Anruf!** An alle am Bau beschäftigten Arbeiter, Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter, Köpfer, Maler, Dachdecker, Stukkateure, Steinmetzen, Bauknechte usw., in der Provinz Sachsen. Sonntag, den 12. August, nachmittags 3 Uhr, findet in Magdeburg in der Zentral-Verberge, Kl. Klosterstraße 15/16, eine Konferenz statt, welche sich mit dem Bauarbeiter-schutz in der Provinz beschäftigen wird. Tagesordnung: 1. Der Bauarbeiter-schutz in Preußen und der Provinz Sachsen. Referent: Heintze-Hamburg. 2. Bericht der Delegirten über die Verhältnisse am Orte. 3. Wahl einer Landeskommission. 4. Die fernere Agitation. 5. Verschiedenes. Von früh 9 Uhr ist die Kommission am Bahnhof vertreten, kenntlich an weißer Schleife. Im Interesse der am Bau beschäftigten Arbeiter ist ein zahlreiches Besuchen der Konferenz erforderlich. Im Auftrage der Arbeiter-schutz-Kommission Magdeburg: A. Stetlin, W.-Wilhelmsstadt, Schrotestr. 56.

### Gewerkschaftliches und Soziales.

Der echte Manchestermann, Dr. Max Hirsch, Anwalt der Hirsch-Dunker Gewerkschaften und preussischer Landtagsabgeordneter, gab am 21. Mai in einer Sitzung die Erklärung ab, daß seine Partei mit der Regierung darin einverstanden sei, daß keine Einmischung in den wirtschaftlichen Kampf stattfinden solle und daß sich die freisinnige Partei nicht für befugt halte, in dem jetzigen Stadium des Berliner Straßenbahnerstreiks ein Urtheil darüber abzugeben. Der preussische Minister v. Thielen nahm aber schon zwei Tage vor dieser Erklärung offen Partei für die Berliner Straßenbahngesellschaft, jedoch Herr Goldschmidt, Dr. Hirsch's Fraktionskollege, hatte die Regierung aufgefordert, eine Einigung herbeizuführen. In Folge dieses Vorgehens nahm der Ortsverein der Schuhmacher (S.-D.) in Berlin I in einer zweitägigen Redeschlacht Stellung hiezu und es gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung erkennt an, daß die Erklärung, die der Abgeordnete Dr. Hirsch im preussischen Abgeordnetenhaus gelegentlich des Straßenbahnerstreiks im Namen der freisinnigen Volkspartei abgab, vielleicht dem manchesterlichen Standpunkte, aber nicht dem Gewerkschaftsstandpunkt entspricht, da auch der Staat die Pflicht hat, für den wirtschaftlichen Schwachen einzutreten, wie dies auch vor einigen Jahren seitens der Reichsregierung im Reichstage gelegentlich des Konfektionsarbeiterstreiks geschehen ist, wo Minister und Volksvertreter ihr Wohlwollen den Unterdrückten bekundeten.“

Der Magistrat von München hat dem Parteil 3400 Mk., dem Verein Arbeiterschutz 1200 Mk. und dem Arbeiterbildungsverein 400 Mk. zum Besuch der Pariser Weltausstellung überwiesen.

Eine Reform des Krankenversicherungsgesetzes soll schon für die nächste Reichstagsession in Aussicht genommen sein und hat bekanntlich in unserer Tagespresse der vom Regierungsrath Dr. Hoffmann in dem „Preussischen Verwaltungsblatt“ veröffentlichte Aufsatz über die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes eingehend Erörterung gefunden. Wie nun aus einer vom Berliner „Vorwärts“ veröffentlichten Zirkularverfügung des Potsdamer Regierungspräsidenten zu ersehen, wird man die Bezeichnung Reform mit dem Begriffe Verbesserung austauschen müssen. Es werden in der zitierten Verfügung verschiedene Fragen aufgeworfen; so, ob sich ein Anschluß der Ortskrankenkassen an die Gemeindeverwaltung unter dem Scepter eines aus Massenmitteln zu beschöpfenden Gemeinbeamtens empfiehlt, ob sich die Befugnisse der Aufsichtsbehörden als unzulänglich erwiesen haben, ob Hilfsklassen als gleichberechtigt oder nur noch als Zuschußklassen gelten sollen und schließlich wird von den untergeordneten Organen verlangt: „Sodann sind in einer Nachweisung hiesigen Ortskrankenkassen aufzuführen, bei denen Vorstandsmitglieder sich als Angehörige der sozialdemokratischen Partei bemerkbar gemacht haben; es ist hier unter kurzer Darlegung des Thatbestandes anzugeben, ob und in welcher Weise ein Mißbrauch der Verwaltung zu sozialdemokratischen Parteizwecken in die Erscheinung getreten ist. Insbesondere sind etwaige Streitigkeiten mit den Ärzten, Apothekern, Krankenhäusern usw., sowie Veruntreuungen von Kassengeldern, die mit solchem Mißbrauche zusammenhängen, anzuführen.“ Es scheint, als ob gerade die beiden letzten Punkte von unseren Behörden als die Schwerpunkte der vorzunehmenden „Reform“ gelten müssen und da weiß man schon im Voraus, welches Resultat bis zum 10. Juli aus den eingereichten Berichten zum Vorschein kommt. Die dringendste Wachsamkeit Arbeiter ist geboten!

In Hannover ist von den Maurern und Zimmerern der Generalkstreik erklärt worden; daselbst befinden sich auch die Bauarbeiter im Streik.

In Hamburg sind 1200 Werftarbeiter gemäßregelt worden, weil die streikenden Schiffsnierer der Aufforderung, die Arbeit aufzunehmen, nicht nachkamen.

Der 4. internationale Kongress der Textilarbeiter findet diese Woche in Berlin statt. Außer 32 deutschen Delegirten sind 28 aus England, 3 aus Frankreich, 3 Oesterreicher, 2 Belgier, sowie ein Vertreter aus dem Ausland anwesend. Wir wünschen dem 4. internationalen Textilarbeiterkongress den besten Erfolg!



